

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 93. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 19. März 2015

1. Abgeordnete

Petra Elsner und
Dr. Tanja Machalet (SPD)

Entgeltgleichheit auf dem Arbeitsmarkt

Frauen haben im Erwerbsleben mit einigen Hürden zu kämpfen. Hierzu zählt auch die geschlechtsspezifische Entgeltungleichheit, die eine der gravierendsten Benachteiligungen darstellt. Daran erinnert auch dieses Jahr der Equal Pay Day am 20. März 2015. In Rheinland-Pfalz betrug das unbereinigte Lohngefälle, offiziell „Gender Pay Gap“ genannt, im letzten Jahr im Durchschnitt 22 Prozent. Durch ein Entgeltgleichheitsgesetz können erste Schritte unternommen werden, um die bestehende Lohnungerechtigkeit zu beseitigen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen werden seitens der Landesregierung in Rheinland-Pfalz bereits unternommen, um die bestehenden Lohndiskriminierungen zu beseitigen?
2. Wo sieht die Landesregierung die Gründe und die Ursachen für das Phänomen des „Gender Pay Gaps“?
3. Wie schätzt die Landesregierung die Möglichkeit ein, mit einem Entgeltgleichheitsgesetz die gravierenden Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen langfristig abzubauen?

2. Abgeordnete

Alexander Licht,
Martin Brandl und
Gerd Schreiner (CDU)

Sperrung der Schiersteiner Brücke

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie ist der genehmigte Planungsstand einer zusätzlichen, unterstromigen Vorlandbrücke, von der der Leiter des Landesbetriebs Mobilität (LBM) in der vergangenen Sitzung des Innenausschusses gesprochen hat?
2. Wer hat diesen Planungsstand wann genehmigt?
3. Warum ist dieser Plan bislang nicht weiterverfolgt worden?
4. Wann wird die Planung insoweit fortgeschritten sein, dass ein Planfeststellungsbeschluss im Hinblick auf sechs Fahrstreifen mit Standspur und Lärmschutz erlassen werden kann?

3. Abgeordneter

Andreas Hartenfels
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sicherung wertvoller Auwälder

Mit der Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen dem rheinland-pfälzischen Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten und dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), Landesverband Rheinland-Pfalz, wurden Anfang März die Rahmenbedingungen dafür formuliert, rund 940 Hektar landeseigener Waldfläche innerhalb der aktiven Rheinaue wieder schrittweise einer natürlichen Dynamik zu überlassen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche konkreten Inhalte enthält die Vereinbarung?
2. Welche naturschutzfachliche Bedeutung hat die Umsetzung der geplanten Maßnahmen?
3. Welche ökonomischen Auswirkungen hat die Vereinbarung für die Forstwirtschaft?
4. Was bedeutet die Vereinbarung für die Bevölkerung vor Ort, insbesondere vor dem Hintergrund der Naherholung?

**4. Abgeordneter
Christian Baldauf (CDU)**

Haltung der Landesregierung zur Legalisierung der Droge Cannabis

Die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat einen Gesetzentwurf zur Legalisierung der Droge Cannabis vorgestellt (vgl. Süddeutsche Zeitung und FAZ vom 5. März 2015). Danach soll der Besitz von 30 Gramm des Rauschmittels straffrei gestellt werden; für den privaten Bedarf soll das Abernten von bis zu drei Cannabis-Pflanzen statthaft sein.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Hält die Landesregierung an ihrer in der Vergangenheit vertretenen Auffassung fest, dass Cannabis „eine Droge“ sei, deren gesetzlich festgesetzte Obergrenze für das Absehen von Strafverfolgung wegen Besitzes zum Eigenbedarf „kein Freifahrtschein“ und „keinesfalls eine Verharmlosung von Cannabiskonsum“ bedeute (vgl. z. B. Pressemitteilung des Ministeriums der Justiz vom 9. Juli 2007)?
2. Teilt die Landesregierung die von der früheren Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Sabine Bätzing, vertretene Auffassung, „Cannabis bleibt eine Einstiegsdroge. Wir brauchen in Deutschland eine einheitliche Obergrenze.“ (vgl. Mainzer Rhein-Zeitung vom 14. September 2011)?
3. Teilt die Landesregierung die kürzlich von den GRÜNEN auf Bundesebene erhobene Forderung nach einer Legalisierung der Droge Cannabis?
4. Wenn ja: aus welchen Gründen? Wenn nein: aus welchen Gründen nicht?

**5. Abgeordnete
Kathrin Anklam-Trapp,
Jens Guth und
Dr. Tanja Machalet (SPD)**

Einrichtung von vier Welcome-Centern in Rheinland-Pfalz

Am 10. März sind in Koblenz, Ludwigshafen, Mainz und Trier vier Welcome-Center – als gemeinsame Initiative der Landesregierung Rheinland-Pfalz und den rheinland-pfälzischen Industrie- und Handelskammern – mit dem Ziel eröffnet worden, internationale Fachkräfte bei ihrer Suche beziehungsweise bei der Aufnahme von Arbeit in Rheinland-Pfalz zu unterstützen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. In welchem Verhältnis stehen die Welcome-Center zu in der Vergangenheit aufgelegten Maßnahmen zur Regelung des Fachkräftebedarfs in Rheinland-Pfalz?
2. Welche Effekte erhofft sich die Landesregierung durch die Eröffnung der vier Welcome-Center in Rheinland-Pfalz?
3. Wie funktioniert die Arbeitsweise der Welcome-Center?
4. Welche Serviceangebote können von den Welcome-Centern grundsätzlich abgedeckt werden?

**6. Abgeordnete
Arnold Schmitt und
Michael Billen (CDU)**

Forderungen der rheinland-pfälzischen Naturpark-Vorsitzenden an die Landesregierung

Nach einem Bericht des Trierischen Volksfreunds haben die rheinland-pfälzischen Naturpark-Vorsitzenden Forderungen an die Regierung formuliert, um die Position der Naturparke zu stärken.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Konsequenzen leitet die Landesregierung aus den nach Darstellung der Vorsitzenden gestiegenen Anforderungen an die Naturparke in Rheinland-Pfalz ab?
2. Wie steht die Landesregierung zu der getroffenen Feststellung, dass die Naturparke in ihren Regionen bereits seit Jahrzehnten Aufgaben wahrnehmen würden, die jetzt auch im Nationalparkprogramm enthalten seien?
3. Wie reagiert die Landesregierung auf die geäußerte Befürchtung, dass durch die Einrichtung des neuen Nationalparks Hunsrück-Hochwald die Finanzierung der Naturparke ins Hintertreffen geraten könnte?

7. Abgeordnete**Jutta Blatzheim-Roegler**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**Tourismus-Land Rheinland-Pfalz verzeichnet Rekordjahr**

Der Tourismus in Rheinland-Pfalz sichert Arbeitsplätze und ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Alleine im Jahr 2014 übernachteten mehr als 9,1 Millionen Gäste im Land, was gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 1,7 Prozent bedeutet. Rund 150 000 Arbeitsplätze können dem Tourismus direkt und indirekt zugerechnet werden.

Wie in jedem Jahr präsentierte sich unser Bundesland mit seinen „Gastlandschaften Rheinland-Pfalz“ auch auf der diesjährigen Internationalen Tourismusbörse in Berlin (ITB), welche als Leitmesse der weltweiten Reisebranche die führende Business-Plattform für das globale touristische Angebot darstellt. Auf der ITB wurde auch das Logo des Nationalpark Hunsrück-Hochwald, der an Pfingsten 2015 eröffnet wird, erstmals vorgestellt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die aktuellen touristischen Entwicklungen in Rheinland-Pfalz?
2. Wie beurteilt die Landesregierung den Erfolg der Präsentation des Landes auf der diesjährigen Internationalen Tourismusbörse in Berlin (ITB)?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Einrichtung eines Nationalparks in Rheinland-Pfalz aus touristischer Perspektive?
4. Welche weiteren bedeutenden touristischen Ereignisse sind in Rheinland-Pfalz im Jahr 2015 geplant?

8. Abgeordnete**Martin Haller und**
Jörg Denninghoff (SPD)**Projekte der Landesregierung bei der CeBIT 2015 – mehr Transparenz, mehr Bürgernähe und die Gestaltung des demografischen Wandels**

Die Landesregierung hat auf der CeBIT 2015 in Hannover eine Reihe von Projekten vorgestellt, die zur Modernisierung der öffentlichen Verwaltung und zu Erleichterungen im Alltag der Menschen in Rheinland-Pfalz beitragen sollen.

Um einen Überblick und Sachstand zu erhalten, fragen wir die Landesregierung:

1. Mit welcher Zielsetzung und mit welchen Partnern hat die Landesregierung das Projekt „Unterschrift unterwegs“ gestartet?
2. Welche Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger sieht die Landesregierung in dem von ihr gestarteten „Rheinland-Pfalz-Portal“?
3. Was sind Inhalt und Zielsetzung des Forschungs- und Praxisprojektes „Digitale Dörfer“?
4. Welchen Mehrwert der Digitalisierung erwartet die Landesregierung insgesamt für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes und für die hier aktiven Wirtschaftsunternehmen?

9. Abgeordnete**Arnold Schmitt und**
Martin Brandl (CDU)**DEHOGA-Integrations-Initiative 300**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Inwieweit werden Flüchtlinge, die Interesse an einer gastgewerblichen Ausbildung haben, in den Erstaufnahmeeinrichtungen auf das Angebot der DEHOGA aufmerksam gemacht?
2. Wie werden die Deutschkurse für die in Frage kommenden Flüchtlinge organisiert?
3. Wie werden den geeigneten Flüchtlingen die notwendigen Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse vermittelt, die mindestens für die Dauer der Ausbildung gelten sollten?
4. Wie werden mit den betreffenden Berufsbildenden Schulen die Bereitschaft und Eignung zur Teilnahme an diesem Projekt abgeklärt?

**10. Abgeordnete
Hedi Thelen (CDU)**

Finanzierung der Werkstätten für behinderte Menschen durch die Landesregierung

Nachdem der Rechnungshof in seinem Jahresbericht 2015 die Finanzierungspraxis der Landesregierung bezüglich der Werkstätten für behinderte Menschen kritisiert hat, beschäftigte sich auch der Sozialpolitische Ausschuss mit den Beanstandungen und der Haltung der Landesregierung dazu.

Ich frage die Landesregierung:

1. Vor dem Hintergrund, dass die Landesregierung selbst darauf hingewiesen hat, dass „sich die Rechtsverordnung eng am Gesetzestext zu orientieren hat“ (vgl. Drucksache 16/2040): Warum hat das Sozialministerium trotz mehrfacher Ankündigung und obwohl die Verhandlungen über den Rahmenvertrag für gescheitert erklärt worden waren, letztlich nie eine Rechtsverordnung in Kraft gesetzt?
2. Vor dem Hintergrund, dass der Landesregierung bereits im März 2014 die erste Fassung des Prüfberichts des Rechnungshofes vorlag: Warum ist die Landesregierung die Beanstandungen des Rechnungshofes nicht frühzeitig gemeinsam mit dem Rechnungshof und den Werkstattträgern angegangen?
3. Warum ist die Landesregierung nach der Abgabe ihrer Stellungnahme am 14. Juli 2014 nicht mehr an den Rechnungshof herantreten, um zu klären, ob seine Beanstandungen ausgeräumt waren?
4. Teilt die Landesregierung die vom Landesamt vertretene Auffassung, dass es ohne Rahmenprüfungsvereinbarung und Prüfungsvereinbarungen mit den einzelnen Werkstätten nicht möglich ist, das gesetzliche Prüfrecht auszuüben, da die „in der Praxis unentbehrlichen Detailregelungen (fehlen)“ (vgl. Jahresbericht 2015 des Rechnungshofes, S. 121)?

**11. Abgeordnete
Ingeborg Sahler-Fesel
und Nico Steinbach (SPD)**

Brandschutzbestimmungen bei der Einrichtung von Asylbewerberunterkünften

Bei der Unterbringung der großen Zahl an Flüchtlingen müssen die Kommunen teilweise darauf zurückgreifen, die Menschen mancherorts auch in bestehende Übernachtungsmöglichkeiten für Touristen unterzubringen. In der jüngsten Vergangenheit ist diese Form der Unterbringung an Brandschutzauflagen gescheitert, wie im Dezember in einem Hotel in Bitburg-Prüm und vor kurzem in der Jugendherberge Saarburg.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Rechtsvorschriften liegen der Überprüfung des Brandschutzes zugrunde?
2. Wann wurden diese Vorschriften zuletzt geändert?
3. Wer ist für die Überprüfung zuständig?
4. In welchen Abständen müssen Objekte brandschutztechnisch überprüft werden?

**12. Abgeordnete
Jutta Blatzheim-Roegler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Deutsche Bahn – Bilanzpressekonferenz

In dieser Woche findet in Berlin die Bilanzpressekonferenz der Deutschen Bahn AG statt. Ein Hauptthema wird nach übereinstimmenden Medienberichten der Umsatzrückgang im DB-Fernverkehr darstellen, der mit bis zu 120 Mio. Euro für das vergangene Jahr beziffert wird. Angesichts der starken Konkurrenz durch den Fernbus sind tiefgreifende Veränderungen für den Bahn-Fernverkehr nicht auszuschließen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Gab es hinsichtlich der Entwicklungen im Bahn-Fernverkehr vor der Bilanzpressekonferenz Konsultationen der Deutschen Bahn AG über geplante Maßnahmen in Rheinland-Pfalz?
2. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse über die Entwicklung des IC- und ICE-Verkehrs in Rheinland-Pfalz vor?
3. Welche Maßnahmen sieht die Landesregierung als erforderlich an, um den Schienenpersonenfernverkehr außerhalb des ICE-Netzes in Rheinland-Pfalz dauerhaft zu sichern?

13. Abgeordnete**Dr. Peter Enders und
Dorothea Schäfer (CDU)****Mehr Studienplätze in der Humanmedizin**

In der neuesten Ausgabe des Deutschen Ärzteblatts wird es als richtiges Signal angesehen, dass Medizinstudierende und ärztliche Organisationen im Rahmen der derzeit laufenden Diskussionen zum „Masterplan Medizinstudium 2020“ zwischen Bund und Ländern eine Erhöhung der Medizinstudienplätze in Deutschland fordern.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Inwieweit teilt die Landesregierung die Zielsetzungen für den in der Berliner Koalitionsvereinbarung verankerten „Masterplan Medizinstudium 2020“?
2. Worin sieht die Landesregierung ihren Beitrag zum „Masterplan Medizinstudium 2020“?
3. Wie viele Studienplätze braucht Rheinland-Pfalz in Humanmedizin jährlich gegenüber dem heutigen Stand mehr, um die medizinische Versorgung sichern zu können?
4. Welche Folgen hätte es für die medizinische Versorgung in Rheinland-Pfalz, wenn die Zahl der Studienplätze in Humanmedizin auf dem gegenwärtigen Stand verbliebe?

14. Abgeordnete**Bettina Brück und
Fredri Winter (SPD)****Bilanz der Wintersportsaison 2014/2015**

Wie der aktuellen medialen Berichterstattung zu entnehmen ist, wurde die Wintersportsaison 2014/2015 auf dem Erbeskopf im März 2015 beendet. Nach Angaben der Betreiber sind seit Dezember 150 000 Skifahrer auf den höchsten Berg von Rheinland-Pfalz gekommen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Lifttage und Besucher gab es in der gerade abgelaufenen Wintersportsaison 2014/2015 in den jeweiligen Wintersportregionen in Rheinland-Pfalz?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Wintersportsaison 2014/2015 in Rheinland-Pfalz mit Blick auf den Tourismus im Land?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Platzierung des Wintersportzentrums Erbeskopf bei einem Online-Ranking unter den Top 10 der besten Skigebiete in den deutschen Mittelgebirgen?
4. Wie beurteilt die Landesregierung das Konzept der ganzjährigen touristischen Nutzung des Erholungsgebiets Wintersport, Natur- und Umweltbildungsstätte Erbeskopf vor dem Hintergrund der Errichtung des Nationalparks Hunsrück-Hochwald?

15. Abgeordnete**Fredri Winter und
Michael Hüttner (SPD)****Internationale Tourismusbörse (ITB) 2015**

Vom 4. bis 8. März 2015 fand in Berlin die Internationale Tourismusbörse (ITB) statt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welchen Stellenwert hat die Präsentation des Bundeslandes aus Sicht der Landesregierung auf der weltgrößten Tourismusmesse?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Präsentation des neuen Nationalparks Hunsrück-Hochwald auf der ITB?
3. Wie schätzt die Landesregierung die Bedeutung des Tourismus als Wirtschaftsfaktor für Rheinland-Pfalz, auch vor dem Hintergrund weiter gestiegener Gästezahlen im Jahr 2014, ein?

16. Abgeordnete**Bettina Dickes und
Guido Ernst (CDU)****Anmeldezahlen an weiterführenden Schulen im Schuljahr 2015/2016**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie haben sich insgesamt die Anmeldezahlen für das neue 5. Schuljahr an den weiterführenden Schulen in Rheinland-Pfalz im Vergleich von diesem Schuljahr zum kommenden Schuljahr entwickelt?
2. Wie sehen die Anmeldezahlen für das kommende Schuljahr an den einzelnen Schularten für das neue 5. Schuljahr aus?
3. Wie haben sich die Anmeldezahlen bei Realschule plus – aufgeschlüsselt nach kooperativer oder integrativer Organisationsform – entwickelt?
4. Wie viele Realschulen plus erfüllen nach aktuellem Anmeldestand im kommenden Schuljahr in der Eingangsklasse nicht das Kriterium der Dreizügigkeit – aufgeschlüsselt nach kooperativer bzw. integrativer Form?

17. Abgeordnete
Marion Schneid und
Brigitte Hayn (CDU)

Aktuelle Debatte zum Schriffterwerb in Grundschulen

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass der Einsatz der Methode „Schreiben nach Gehör“ und der Verzicht auf eine Schreibschrift im Unterricht alleine der methodisch-didaktischen Entscheidung der Lehrkraft obliegen sollte?
2. Wie bewertet die Landesregierung den Verzicht auf eine Schreibschrift im Grundschulunterricht sowohl unter bildungs- als auch kulturpolitischen Gesichtspunkten?
3. Wie wertet die Landesregierung die Kritik an der Methode „Schreiben nach Gehör“ hinsichtlich ihrer Verbreitung an den Grundschulen?
4. Plant die Landesregierung eine Neufassung des Teilrahmenplans Deutsch für Grundschulen, um in Bezug auf die Schreibschrift und die Methode „Schreiben nach Gehör“ Klarheit zu schaffen?

18. Abgeordneter
Alexander Licht (CDU)

Entwicklung einer Tourismusstrategie für Rheinland-Pfalz

Der neue Geschäftsführer der Rheinland-Pfalz Tourismus hat nach Presseberichten eine Tourismusstrategie mit den Regionen angekündigt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wieweit bedarf die bestehende, mit den Regionen und der Tourismuswirtschaft erarbeitete Tourismusstrategie für Rheinland-Pfalz einer Überarbeitung?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die bisherige Zusammenarbeit von Land, Urlaubsregionen und Gemeinden in Rheinland-Pfalz bei der Entwicklung des Fremdenverkehrs?
3. Welche zusätzlichen oder neuen Akzente und Schwerpunkte des touristischen Angebots in Rheinland-Pfalz sollten nach Auffassung der Landesregierung in den kommenden Jahren ausgebaut werden?
4. Wo sieht die Landesregierung künftige Wachstumschancen des Tourismus in Rheinland-Pfalz, wie zum Beispiel bei bestimmten Zielgruppen, der Steigerung der Verweildauer, bestimmten Urlaubsaktivitäten u. ä.?

19. Abgeordneter
Gerd Schreiner (CDU)

Bau von Holzhäusern in Rheinland-Pfalz

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie groß ist, gemessen an der Gebäudezahl, der Anteil an Holzhäusern in Rheinland-Pfalz?
2. Welche Zahl von neu zu errichtenden Holzhäusern kann oder sollte nach Einschätzung der Landesregierung im Rahmen des Gesamtbedarfs an Hausneubauten in den kommenden fünf Jahren errichtet werden?
3. Welche Entwicklung des Baues von Holzhäusern hält die Landesregierung mit Blick auf den europäischen, nationalen und rheinland-pfälzischen Markt für Holz und eine nachhaltige und zukunftssichernde Forstwirtschaft für möglich oder wünschenswert?
4. Wie kommt die Landesregierung dazu, sich von privaten Bauherrn einen bestimmten Baustoff zu wünschen?